

WÜRZBURGER UNIVERSITÄTSREDEN

Heft 35

Druck: Andreas Staudenraus Universitäts-Druckerei Würzburg

ERICH CARELL

AUSBAU DER UNIVERSITÄTEN
UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

WÜRZBURGER REKTORATSREDE

GEHALTEN AM 17. NOVEMBER 1962

ZUR REKTORATSÜBERGABE DER
JULIUS-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT

Hochansehnliche Festversammlung!

Seit einigen Jahren ist der Ausbau der Universitäten, und zwar der Ausbau in quantitativer Hinsicht als Kapazitätserweiterung zum vor-
dringlichen Problem geworden. Die Studentenzahlen haben sich an
vielen deutschen Universitäten in den wenigen Jahren seit 1955 ver-
doppelt bis verdreifacht. 1955 hatte Würzburg 2350 Studenten, im
Jahre 1962 waren es 6300. In München waren an der Universität im
Jahre 1955 11 700 Studenten und im Jahre 1962 etwa 19 400 Studenten
immatrikuliert. Schon um nur die Aufgabe erfüllen zu können, den
Studenten für ihren Beruf eine wissenschaftliche Vorbildung zu geben,
muß die Zahl der Lehrstühle erhöht, müssen die Dozenten- und Assi-
stentenstellen vermehrt werden. Vor allem aber müssen mehr und
größere Hörsäle und mehr Arbeitsplätze in den Seminaren und Insti-
tuten geschaffen werden. Die Raumnot an den deutschen Universi-
täten ist, wenn auch in verschiedenem Ausmaß, katastrophal. Die
Hochschulen, die Kultus- und Finanzministerien der Länder und viele
staatliche, halbstaatliche und juristisch schwer definierbare Gremien
sind bemüht, das Raumproblem der deutschen Hochschulen durch
einen räumlichen Ausbau der bestehenden und durch Neugründung
von Universitäten zu lösen. Das plötzliche starke Ansteigen der Stu-
dentenzahlen vor allem seit 1955, hat zur Folge gehabt, daß jede Uni-
versität die Stellen, die die Gelder für Bauten bewilligen und bereit-
zustellen haben, bedrängt, ihr möglichst rasch und in größtmöglichem
Umfang Geld zur Finanzierung dringend benötigter Bauten zur Ver-
fügung zu stellen. Nun sind die Ausgaben des Staates alternativ, aber
nicht kumulativ. Die Mittel, die eine Universität bekommt, kann die
andere nicht erhalten. Die Hochschulen haben zwar ein gemeinsames
Interesse, daß vom Staat möglichst viel Mittel für Hochschulbauten
zur Verfügung gestellt werden, sie haben also im Hinblick auf die
Gesamt p r o d u k t i o n von Hochschulbauten ein gemeinsames Inter-
esse. Im Hinblick auf die Verteilung der Hochschulbauten bzw. auf
die Verteilung der zu ihrer Finanzierung benötigten Mittel auf die
einzelnen Hochschulen, gehen die Interessen der einzelnen Hoch-
schulen jedoch notwendigerweise auseinander. Ja, selbst innerhalb
einer Universität kann es zu mehr oder minder offenen oder ver-
steckten Interessengegensätzen zwischen den einzelnen Fakultäten,
vor allem im Hinblick auf die zeitliche Priorität bei der Erstellung
von Bauten kommen. Überall wo um öffentliche Gelder gerungen
wird, gibt es in unserer modernen Zeit einen Lobbyismus. Und, wenn
man so sagen darf, der akademische Lobbyismus ist besonders un-

durchsichtig, da die Kompetenzen nicht mehr klar zu erkennen sind, weil beispielsweise Gremien wie der Wissenschaftsrat, den Föderalismus in der Kulturpolitik bereits zu überspielen scheinen.

Da eine Hochschule für eine Stadt nicht nur kulturell wichtig ist, sondern eine nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Bedeutung hat — denken Sie nur daran, daß eine Stadt sich durch eine Universität Krankenhausbauten erspart, daß schon die bloße Anwesenheit von etwa 7000 Studenten sich in einer Stadt ähnlich wie der ständige Besuch von etwa 7000 Fremden auswirkt —, so schalten sich die Städte vor allem in den friedlichen Wettstreit um die Neugründung von Universitäten ein. Daß die Städte daran interessiert sind, eine Universität neu zu bekommen, oder daß sie daran interessiert sind, daß die in einer Stadt bereits vorhandene Universität eine größere Kapazität im Hinblick auf die Aufnahme von Studenten bekommt, ist verständlich. Warum aber legt offensichtlich jede bereits bestehende Universität Wert darauf, an dem Zuwachs der Studentenzahl angemessen beteiligt zu sein, sozusagen ihren prozentualen Marktanteil bei der Aufnahme des Gesamtangebots von Studenten zum mindesten zu halten? Noch vor einigen Jahren war vom Problem der Mammutuniversitäten die Rede, war davon die Rede, daß große Studentenzahlen an einer Universität Überfüllung der Universität und Vermassung bedeuten würden. Heute pflegt man davon kaum mehr zu sprechen. Man neigt heute an großen Universitäten mehr der Auffassung zu, daß von einer Überfüllung wenigstens solange nicht die Rede sein könne, solange man genügend und genügend große Hörsäle, Seminare und Institute habe, eine große Zahl von Lehrkräften besitze, und vor allem für einen gut ausgebauten Mittelbau mit zahlreichen Tutoren Sorge. Und die kleineren Universitäten fordern einen Ausbau auch unter Hinweis darauf, daß sie den Andrang der Studenten mit den ihnen zur Verfügung stehenden Hörsälen und Institutsräumen nicht mehr bewältigen können. Daß die Universitäten, was ihre Studentenzahlen betrifft, weder absolut noch relativ absinken wollen, erklärt sich gewiß auch daraus, daß man die Bedeutung einer Universität üblicherweise durch die Zahl der Studenten auszudrücken pflegt. Hat eine Universität eine große Studentenzahl, dann ist sie attraktiv. Und wenn sie attraktiv ist, nun, so ist der reguläre Schluß, dann muß es sich um eine bedeutende Universität, eine Universität mit hervorragenden Forschern und Lehrern, mit modernen Einrichtungen usw. handeln. Eine Universität mit kleineren Studentenzahlen kommt daher leicht in den Ruf, eine kleine, unbedeutende Universität zu sein, deren Existenz für das Leben der Wirtschaft und der Wissenschaft wenig zu besagen hat. Daß eine Universität bestrebt ist, ihre Studentenzahl nicht relativ, also im Verhältnis zu anderen Universitäten absinken zu lassen, erklärt sich jedoch vor

allem daraus, daß der Staat bei der Verteilung der für die Universitäten zur Verfügung stehenden Mittel, für Apparate, Einrichtungen, Bücher, Lehrstühle usw. im großen und ganzen die Zahl der Studenten als Verteilungsschlüssel zu verwenden pflegt. Ja selbst die Qualität des Mensaessens kann zu einer Funktion der Studentenzahl werden, da der Staat die Zuschüsse für die Studentenwerke nach der Zahl der Studenten zu verteilen pflegt, es jedoch fixe Kosten gibt, die von der Zahl der ausgegebenen Essen unabhängig sind. Bei Verwendung der Zahl der Studenten als Verteilungsschlüssel läuft eine kleinere Universität Gefahr, daß bei ihr wichtige Spezialvorlesungen nicht gelesen werden können, da entsprechende Lehrstühle fehlen, daß die Ausstattung der Seminarbibliotheken mit Büchern unvollständig oder gar unzulänglich ist, daß Instituten wichtige Apparaturen fehlen, kurz, daß sie den wissenschaftlichen Anforderungen in qualitativer Hinsicht nicht genügen kann. Gewiß wird die Kapazitätserweiterung vor allem notwendig, weil aus hier nicht näher darzulegenden Gründen der Anteil der Studierenden an der Gesamtbevölkerung fortgesetzt steigt. Aber vergessen wir bei diesem Problem auch nicht, daß die Zunahme der Zahl der Studenten einer Universität auch zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß sich in vielen Fächern die Studiendauer verlängert hat. Bleibt die Zahl der Studenten einer Universität bei einer Verlängerung der Studiendauer konstant, so besagt das nichts anderes, als daß, durchschnittlich gesehen und bei sonst gleichbleibenden Umständen, die Zahl der Studenten jedes Semesters zurückgeht, daß also die Zahl der Erstsemester und die Zahl der Examenssemester sich verringert. Bei verlängerter Studiendauer ergibt sich daher schon bei gleichbleibender Zahl der Erstsemester bzw. der Examenssemester ein erhöhter Bedarf an Hörsälen und Arbeitsplätzen.

Aus grundsätzlichen Erwägungen läßt sich die Forderung nicht aufstellen, daß der Staat für die kleineren Universitäten eben dann je Kopf der Studierenden erheblich mehr Mittel als an größeren Universitäten zur Verfügung stellen müsse, damit der Student an einer kleineren Universität genau so gute Voraussetzungen im Hinblick auf Ausstattung der Bibliotheken usw. für seine Ausbildung wie an größeren Universitäten vorfinden kann. In der Öffentlichkeit, vor allem in der Wirtschaft sind bereits Stimmen zu hören, ob bei der gewaltigen Steigerung der Ausgaben für Hochschulbauten im Rahmen des Kulturabkommens von Ländern und Bund immer die Gesetze der Sparsamkeit beachtet werden. Mit den für die Hochschulen zur Verfügung gestellten Mitteln müsse ein höchstmöglicher Effekt erzielt werden. Und da, wie die Erfahrung zeigt, die Entwicklung der Wissenschaften es notwendig macht, die Ausgaben für die Wissenschaft nicht proportional, sondern überproportional dem Wachstum des Volks-

einkommens zu steigern, so wird das Problem, mit den für die Wissenschaften zu machenden Ausgaben einen bestmöglichen Effekt zu erzielen, im Laufe der Zeit dringender werden. Das wird dazu führen, daß es gar nicht zu umgehen sein wird, jede Universität so aufzubauen, daß eine gewisse Studentenzahl nicht unterschritten zu werden braucht. Vielleicht ist die Zeit gar nicht mehr so fern, wo man sich nicht so sehr mit der Frage, ob eine Hochschule zu groß ist, sondern mit der Frage, ob eine Hochschule eine unzureichende Größe hat, befassen wird. Je mehr die Zahl der Studenten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl zunimmt und je höher die durchschnittlichen Kosten je Studierender werden, um so mehr wird man sich der ökonomischen Frage zuwenden, welche Hochschulgröße, gemessen in Studentenzahlen, für eine rationelle Verwendung der Mittel gewährleistet sein muß.

Wenn wir die Ausgaben für Hochbaumaßnahmen und Instituts-einrichtungen einer Universität betrachten, so können wir sie einteilen in Ausgaben für Ersatzbeschaffung, für Rationalisierung und für Kapazitätserweiterung. Instituts-einrichtungen und auch Geräte nutzen sich ab und müssen ersetzt werden. Der Fortschritt der Wissenschaft macht die Anschaffung neuer Apparaturen und neuer Institute notwendig. Alle Ausgaben, die diesem Zweck dienen, wollen wir als Ausgaben für Rationalisierung bezeichnen. Bei den Ausgaben für Kapazitätserweiterung handelt es sich um die Ausgaben, die wegen des Anwachsens der Studentenzahlen für Erweiterungen notwendig werden.

Um den Aufgaben gerecht werden zu können, die den Hochschulen in unserer Zeit von der Gesellschaft gestellt sind, ist eine rasche Erstellung von Neubauten in einem bisher im Hochschulwesen nicht gekannten Umfang notwendig geworden. Es werden für die Wissenschaft Investitionen im Interesse spezifischer Aufgaben des Staates notwendig. Diese Investitionen werden auch entscheidend dazu beitragen, daß sich die private Produktion in der Wirtschaft erhöht. Denn die Größe der privaten Produktion hängt entscheidend von der Zahl der wissenschaftlich vorgebildeten Hilfskräfte ab. Die Investitionen in Form von Hochschulbauten haben eine ganz besondere Bedeutung für das wirtschaftliche Wachstum. Die Länder und der Bund sind daher aufgerufen, die für die Hochschulbauten und Instituts-einrichtungen notwendigen Mittel bereitzustellen.

Schon bei dieser Finanzierungsaufgabe ergeben sich jedoch erhebliche Schwierigkeiten. Die Lage der staatlichen Haushalte, des Bundes, aber auch der Länder, so hören wir, sei angespannt. Jetzt komme — wie man zu sagen pflegt — die Zeit der Haushalte „der Mäßigung“ oder die Zeit der „Haushalte der absoluten Beschränkung und der

Schwerpunktbildung“. Die notwendig gewordenen staatlichen „Haushaltspläne der Mäßigung“ machten es erforderlich, daß sich die Hochschulen bei ihren Anträgen auf Mittelbereitstellung auch Mäßigung auferlegten.

Die Entwicklung der staatlichen Haushalte zeigt zunächst, daß die Steuereinnahmen auch jetzt noch fortlaufend steigende Tendenz zeigen, daß lediglich die Wachstumsrate zurückgegangen ist. Aber die Wachstumsrate des gesamten Steueraufkommens betrug im ersten Halbjahr 1962 immer noch 11 %. Die Länder erhielten im ersten Halbjahr 1962 17 % mehr als in der gleichen Vorjahrzeit, der Bund 9 %, die Gemeinden 8 % mehr. Freilich ist die Zunahme der Steuereinnahmen der letzten Jahre zum Teil nur nominell, da die Preise der Waren und Leistungen fortlaufend gestiegen sind. Die Sollansätze für die Einnahmen im Bundeshaushalt 1962 wurden gegenüber 1961 so hoch angesetzt, daß die Ist-Einnahmen hinter den Soll-Einnahmen zurückgeblieben und Kassendefizite entstanden sind. Auf jeden Fall nehmen jedoch Produktion und Einkommen immer noch zu, freilich steigen auch weiterhin die Preise. Der Gesamthaushaltsplan des Bundes 1963 weist immerhin noch eine Steigerung um 3,2 Md. oder um 6,1 % gegenüber dem Jahr 1962 auf. Die viel besprochene und viel zitierte Haushaltslage besagt also keineswegs, daß dem Bund bzw. den Ländern in diesem oder im nächsten Jahr weniger Mittel als in den vergangenen Jahren zur Verfügung stehen.

Die angespannte Lage der staatlichen Haushalte ergibt sich vor allem daraus, daß nach der Rangordnung der politischen Willensbildung die Erhöhung der Verteidigungsausgaben vordringlich ist und die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für andere Aufgaben zurücktreten soll. Auch die Finanzierung der Entwicklungshilfe ist noch ungeklärt, obwohl hier schon bestimmte Zusagen gemacht worden sind. Es scheint so, als wenn wir hier vor dem aus der Finanzgeschichte so wohlbekannten Tatbestand stünden, daß die Deckung eines Staatsbedarfs, der Prioritätsansprüche habe, die Deckung eines anderen, gewiß auch wichtigen Staatsbedarfs, zumindest stark einschränkt.

Wir stehen jedoch keineswegs vor der Alternative, entweder mehr Mittel für Verteidigungsausgaben und Entwicklungshilfe oder mehr Mittel für die Hochschulen auszugeben. Denn wir kommen nicht gut um die Tatsache herum, daß, um in der Sprache des Finanzberichts 1962 zu reden, „die finanziellen Hilfen im Bundeshaushalt sowie die Steuer- und Zinsbegünstigungen“, also die Subventionen im Bundeshaushalt 1961 sich auf etwa 18 Milliarden belaufen haben. Daß diese Subventionen ein Fremdkörper in unserem marktwirtschaftlichen System sind, daß sie das marktwirtschaftliche System am reibungslosen Funktionieren behindern, daß sie sich zumindest in dieser Größe

von keinem Standpunkt aus begründen oder rechtfertigen lassen, wird kaum bestritten. In diesen 18 Milliarden DM jährlichen direkten oder indirekten Subventionen steckt viel unnötiger Staatsbedarf, stecken viele willkürliche Begünstigungen und sogar volkswirtschaftlich schädliche Ausgaben. Wenn man nur einen Bruchteil davon für den Ausbau der Hochschulen verwenden würde, so würde sich das Finanzierungsproblem für einen wirklich raschen und entscheidenden Ausbau der Universitäten verhältnismäßig leicht lösen lassen. Und es würde sich dabei noch der Vorteil ergeben, ein reichlich trübes Kapitel der neuen deutschen Finanzgeschichte beenden zu können. Der Bund könnte im Haushaltsplan des Bundesinnenministeriums die Zuschüsse für die Wissenschaft erhöhen. Dazu könnte er seine Forderung auf Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommens- und Körperschaftsteuer den Ländern gegenüber reduzieren und die Länder so in den Stand setzen, mehr für die Hochschulen auszugeben.

Nun scheint es jedoch so, als ob dem Verlangen nach einem verstärkten raschen Ausbau der Universitäten durch Erstellung von Hochbauten aus wirtschaftspolitischen Gründen nicht entsprochen werden könnte. Nicht die Bereitstellung von Mitteln in den Haushalten der Länder bzw. des Bundes sei das Grundproblem, so wird oft erklärt, sondern es könne vom Standpunkt der Aufrechterhaltung des Geldwertes, also der Kaufkraft der DM einfach nicht verantwortet werden, den Baumarkt durch weitere öffentliche Hochbaumaßnahmen zu belasten. In der Erklärung der Bundesregierung vom 9. Oktober 1962 heißt es: „Die Bundesregierung hat sich besonders intensiv mit der Kostensteigerung auf dem Baugebiet beschäftigt. Auf dem Gebiet des Hochbaues, aber auch auf dem Gebiet des Tiefbaues und des Straßenbaues, ist die ständige Kostensteigerung verheerend. Die Kostensteigerung im Bauwesen dehnt sich naturgemäß auch auf andere Wirtschaftszweige aus. Hier ist ein Krankheitsherd, der die gesamte Wirtschaft infiziert.“ Und weiter heißt es in dieser Erklärung: „Die Bundesregierung wird sich auch rechtzeitig vor Ablauf des bis zum 30. Juni 1963 gültigen Bauverbotes über die weiteren notwendigen gesetzlichen Maßnahmen zur Ordnung des Baumarktes schlüssig werden.“ Wenn wir den Baupreisindex für Wohngebäude für das Jahr 1958 gleich 100 setzen, so betrug er im August 1962 gleich 133. Daraus ist zu sehen, daß die Baupreise in den letzten Jahren erheblich und zwar, wie wir hinzufügen müssen, ununterbrochen erheblich gestiegen sind. Die Nachfrage nach Hochbauten übersteigt das Angebot, der Überhang an genehmigten, aber noch nicht begonnenen Wohnungen beläuft sich heute auf über 800 000 Wohnungseinheiten. Die Bauzeiten werden von Jahr zu Jahr länger, der Baumarkt, so erklärt man, sei ein „Inflationsherd“, der endlich beseitigt werden müsse, soll die deutsche Volkswirtschaft nicht in Gefahr kommen. Die Nachfrage nach

Bauten, vor allen Dingen nach Hochbauten, müsse beschränkt werden, damit in der deutschen Volkswirtschaft endlich der dauernde Preisauftrieb beseitigt werden könne, damit eine Stabilisierung des Preisniveaus möglich sei und die Exportfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft erhalten bleibe und die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft nicht unmöglich gemacht werde. Und der Staat habe dabei durch Beschränkung der öffentlichen Nachfrage nach Bauten mit gutem Beispiel voranzugehen.

Die Übernachfrage in der deutschen Volkswirtschaft, die ein Steigen der Preise zur Folge hat, findet sich nicht nur am Baumarkt, sondern auch an vielen anderen Märkten der Volkswirtschaft, vor allem am Arbeitsmarkt. Trotz der Verwendung von etwa 700 000 ausländischen Arbeitskräften liegt die Zahl der offenen Stellen immer noch über dem Stand des Vorjahres der gleichen Zeit. Im September dieses Jahres wurden über 600 000 offene Stellen gemeldet. Es sind also immer noch Kräfte am Werk, die zu einem weiteren Ansteigen der Lohnpreise führen. Die Bundesregierung beabsichtigt nun, was sie schon durch einzelne Maßnahmen gezeigt hat und was sie, wenn wir ihren Proklamationen folgen, durch weitere Maßnahmen zu verstärken gedenkt, den Preisaufstieg am Baumarkt und ein Übergreifen des Preisauftriebs vom Baumarkt auf andere Bereiche der Güterproduktion dadurch zu verhindern, daß sie die Nachfrage nach Bauten beschränken will. Und zwar in der Weise, daß sie unter Umständen die Durchführung von Bauten genehmigungspflichtig macht, daß sie die in den Haushalten des Bundes für Hochbauten vorgesehenen Mittel bis zu einem bestimmten Prozentsatz sperrt, es also den privaten und öffentlichen Nachfragern erschweren will, Bauten nachzufragen und Bauten zu erstellen. Einzelne Länder haben sich bereits dem Bund angeschlossen und eine 20 %-ige vorläufige Sperre für Baumaßnahmen in den Haushaltsplänen für 1963 verfügt.

Solche wirtschaftspolitischen Maßnahmen können jedoch eine inflationistische Preisentwicklung nur vorübergehend und in unbedeutendem Ausmaß hemmen. Wie kann es denn zu einer Übernachfrage am Baumarkt, zu einer Überhitzung am Baumarkt und zu einem allgemeinen Preisauftrieb in der Volkswirtschaft kommen? Nehmen wir an, in einer Volkswirtschaft seien bei Vollbeschäftigung die Preise für die produzierten Güter in einer bestimmten Höhe gegeben und alle produktiven Kräfte der Volkswirtschaft werden verwendet. Wenn, zu den bestehenden Preisen gerechnet, nun für 500 Millionen DM Güter produziert werden, so entstehen durch die Produktion dieser Güter 500 Millionen DM Einkommen in Form von Arbeitseinkommen, Zins-einkommen, Grundrenteneinkommen und Gewinnen. Mit den entstandenen 500 Millionen Einkommen können demgemäß zu den bestehenden Preisen die betreffenden produzierten Güter

nachgefragt und gekauft werden. Die mit den Einkommen gekauften Güter sind entweder Konsumgüter (Schuhe, Brot usw.) oder Kapitalgüter (Werkzeuge, Maschinen, Bauten usw.). Um die Kapitalgüter kaufen zu können, müssen die Einkommenbezieher jedoch einen Teil ihrer Einkommen nicht zum Kauf von Konsumgütern verwenden, sondern sparen. Kapitalgüter werden mit Hilfe von Ersparnissen aus den Einkommen gekauft. In der Regel werden die Kapitalgüter von den Sparern nicht selbst gekauft, sondern die Sparer bringen ihre Ersparnisse zu den Banken oder kaufen Wertpapiere. Aber die Banken leihen die Ersparnisse an diejenigen aus, die sich Kapitalgüter kaufen können und sie verwenden können. Wenn jemand beispielsweise fest verzinsliche Wertpapiere, Pfandbriefe oder Obligationen kauft, so leiht er seine Ersparnisse den Wertpapierausgebern, die ihrerseits mit den Ersparnissen Kapitalgüter kaufen. Ersparnisse aus den Einkommen werden also in der Volkswirtschaft zur leihweisen Überlassung angeboten und nachgefragt. Die Nachfrager sind bereit, für die Überlassung von Ersparnissen einen Zinspreis zu zahlen, weil sie aus der Verwendung der Kapitalgüter Vorteile ziehen können. Wer mit Hilfe von Ersparnissen ein Haus kauft, kann die Wohnungen vermieten und erhält in Form der Miete ein Entgelt für die Abnutzung der Wohnungen und für die Nutzung der Wohnungen, d. h. er erwirtschaftet die Amortisation und darüber hinaus den Zins, der sich aus der *N u t z u n g* der Kapitalgüter ergibt. Dieser Sachverhalt ist es, der den Kreditnehmer veranlaßt und in den Stand setzt, für die leihweise Überlassung von Ersparnissen einen Leihzins zu bezahlen. In welcher Höhe sich der Leihzins bildet, das hängt davon ab, welcher Zins sich durch die Verwendung von Kapitalgütern erwirtschaften läßt. Nehmen wir beispielsweise an, es läßt sich ein Zins von 5% erwirtschaften, so wird sich am Kreditmarkt ein Leihzins annähernd in Höhe von 5% bilden. Jeder, der zu diesem Zins Ersparnisse in Anspruch nehmen will, kann bei den notwendigen Sicherheiten für eine Kreditinanspruchnahme Kapital leihweise erhalten. Der Zins von 5% bringt die Nachfrage nach Kredit und das Angebot an Ersparnissen zum Ausgleich. Nehmen wir an, es werden von den 500 Millionen DM Einkommen zu den bestehenden Preisen für 400 Millionen DM Konsumgüter produziert und gekauft und für 100 Millionen Kapitalgüter (beispielsweise Bauten) produziert und gekauft. Ein Steigen der Nachfrage nach Kapitalgütern kann nun dadurch eintreten, daß die Einkommenbezieher mehr sparen und beispielsweise die Nachfrage nach Bauten erhöhen. Die Folge ist, daß durch die Nachfragesteigerung nach Bauten die Baupreise ansteigen und die Preise der weniger nachgefragten Konsumgüter sinken werden. Der Durchschnittsstand der Preise, also das Preisniveau, kann in diesem Fall nicht steigen, denn dem Steigen der Preise für Bauten steht ein Sinken der Preise anderer

Güter gegenüber. Da nun durch das Steigen der Preise für Bauten die Bauproduktion gewinnbringender geworden ist, wird sie ausgedehnt werden. Das ist möglich, weil die Produktion anderer Güter wegen des Nachfragerückgangs und des Sinkens der Preise anderer Güter eingeschränkt wird, so daß Arbeitskräfte, Rohstoffe usw. an anderen Stellen der Volkswirtschaft für die Bauproduktion frei werden. Es wird also das Angebot an Bauten steigen und der gestiegenen Nachfrage angepaßt werden können, und das Angebot anderer Güter wird vermindert und der gesunkenen Nachfrage angepaßt werden. Dieser Prozeß wird sich freilich nicht von heute auf morgen vollziehen, er wird eine gewisse Zeit benötigen. Aber er wird sofort nach dem Steigen der Nachfrage nach Bauten einsetzen und dazu führen, daß ein immer stärkerer Druck auf die Preise der Bauten nach unten ausgeübt wird.

Nun kann die Nachfrage nach Bauten in der Volkswirtschaft aber auch dadurch steigen, daß zusätzlich Geld geschaffen wird, daß also Bauten nicht mit Hilfe von Ersparnissen aus den Einkommen der Einkommenbezieher, sondern mit Hilfe von zusätzlich in die Volkswirtschaft einströmendem Geld nachgefragt werden. Dann steht der Erhöhung der Nachfrage nach Bauten keine Verminderung der Nachfrage nach anderen Gütern gegenüber. Die mit Hilfe zusätzlich geschaffenen Geldes ermöglichte zusätzliche Nachfrage nach Bauten führt zu einem Steigen der Baupreise. Da jedoch die Nachfrage nach anderen Gütern in diesem Fall nicht zurückgeht, werden in den anderen Wirtschaftszweigen keine Arbeitskräfte und keine Rohstoffe usw. freigesetzt. Da die Bauproduzenten auf Grund der gestiegenen Preise und der damit erhöhten Gewinne ihre Produktion ausdehnen wollen, werden sie Arbeitskräfte, Rohstoffe und Maschinen zusätzlich nachfragen. Da aber bereits alle produktiven Kräfte in der Volkswirtschaft verwendet werden, die monetäre Nachfrage nach Gütern sich jedoch nicht vermindert hat, kommt es zu einer Störung des Verhältnisses zwischen Angebot an Gütern und der Nachfrage nach Waren und Leistungen an allen Märkten, vor allem am Arbeitsmarkt und an den Rohstoffmärkten. Zu den bestehenden Lohnpreisen übersteigt die Nachfrage nach Arbeit nun das Angebot, d. h. es ergibt sich auf dem Arbeitsmarkt ein Nachfrageüberhang. Die Zahl der offenen Stellen übersteigt die Zahl der gesuchten Stellen. Um Arbeit zu bekommen und die Produktion ausdehnen zu können, werden die Bauunternehmer die Lohnpreise überbieten. Es wird demgemäß zu einem Steigen der Lohnpreise kommen. Dieses Steigen der Lohnpreise wird die Nachfrage nach Konsumgütern erhöhen. Ähnliche Erscheinungen werden sich an den Rohstoffmärkten und an den Märkten für Maschinen und Werkzeuge zeigen. Die Preissteigerung überträgt sich vom Baumarkt auf alle anderen Märkte, es kommt in der Volkswirtschaft

zu einem allgemeinen Preissteigerungsprozeß, zu einem Sinken der Kaufkraft des Geldes, zu einer Verminderung des Geldwertes. Sind in einer Volkswirtschaft alle produktiven Kräfte beschäftigt, besteht in einer Volkswirtschaft Vollbeschäftigung, so daß das Angebot an Waren, allgemein gesehen, nicht erhöht werden kann, d. h. die Erhöhung der Produktion einer Ware also nur dadurch möglich ist, daß die Produktion einer anderen Ware vermindert wird, so muß es zu einem Steigen der Preise und damit zu einem Sinken des Geldwertes kommen, wenn die Geldmenge in der Volkswirtschaft vergrößert wird. Gewiß kann auch ein Steigen der Preise dadurch eintreten, daß das Geld innerhalb einer bestimmten Zeitperiode häufiger den Waren kaufend gegenübertritt, sich also die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes erhöht. Ein solches Steigen der Preise kann der Staat bzw. das mit der Geldmengenregulierung beauftragte Zentralnoteninstitut aber dadurch verhindern, daß die Wirkungen einer erhöhten Umlaufgeschwindigkeit des Geldes durch Verringerung der Geldmenge kompensiert werden. Schon aus diesen elementaren Überlegungen ergibt sich, daß es nicht der Baumarkt als solcher ist, der zum „Inflationsherd“ werden kann, sondern daß sich am Baumarkt nur dann „Inflationserscheinungen“ zeigen können, wenn es in der Volkswirtschaft zu einer übermäßigen Ausdehnung der Geldmenge kommt, wenn eine zusätzliche Geldmenge in den Verkehr strömt und die vorhandene produzierte Warenmenge mit einer vergrößerten Geldmenge gekauft wird. Der gleiche Sachverhalt ergibt sich natürlich, wenn zwar die Produktion der Güter und das Angebot der Güter durch Zunahme an Arbeitskraft in der Volkswirtschaft steigen, die Geldmenge aber relativ stärker als das Angebot an Waren und Leistungen ausgedehnt wird. Es ist also das Verhältnis der Geldmenge zur Warenmenge, das darüber entscheidet, ob es in einer Volkswirtschaft zu Inflationsprozessen, zu einer Entwertung des Geldes kommt oder nicht. Und demgemäß können „inflationistische“ Preissteigerungen nur dadurch verhindert werden, daß das Zentralnoteninstitut, bei uns die Deutsche Bundesbank, die Geldmenge so reguliert, daß die monetäre Nachfrage das Angebot an Waren nicht in der Weise übersteigt, daß fortlaufend Preissteigerungen eintreten. Wenn der Staat mit Hilfe von Steuern öffentliche Bauten finanziert, dann kann sich in der Volkswirtschaft kein inflationistischer Prozeß ergeben. Denn die Finanzierung mit Hilfe von Steuern besagt, daß die Kaufkraft in der Hand der Einkommenbezieher sich um den Betrag vermindert, den der Staat wegsteuert und den er dann verwendet, um Bauten nachzufragen, also um Bauten erstellen zu können. Die Kaufkraft in der Hand der privaten Einkommenbezieher vermindert sich um den Betrag, um den sich die Kaufkraft in der Hand des Staates erhöht. Auch wenn der Staat Bauten mit Hilfe von Anleihen finanziert, haben wir den gleichen

Sachverhalt. Diejenigen, die dem Staat Ersparnisse zur Verfügung stellen, indem sie Anleihen zeichnen, verzichten auf einen Teil ihrer Kaufkraft, fragen um diesen Betrag weniger Güter nach, um den der Staat zusätzlich Bauten nachfragen, also erstellen kann. Wenn der Staat seine Ausgaben mit z u s ä t z l i c h geschaffenen Geld finanziert, also sich vom Zentralnoteninstitut zusätzlich Geld zur Verfügung stellen läßt, kann es durch Staatsausgaben zu einem inflationistischen Prozeß in der Volkswirtschaft kommen. Es ist also immer die Geldmengenregulierung in der Volkswirtschaft, die darüber entscheidet, ob es zu einer Übernachfrage nach Gütern, zu allgemeinen Preissteigerungen, zu einem inflationistischen Prozeß, zu einem Sinken des Geldwerts kommen kann.

Aus hier nicht näher darzulegenden Gründen ist es der Deutschen Bundesbank seit einigen Jahren nicht mehr möglich, die Geldmenge in bestimmter Weise zu regeln, d. h. dafür zu sorgen, daß die gesamte Geldmenge nicht rascher als die Güterproduktion zunimmt. Dieser Sachverhalt ist es, der dazu geführt hat, daß sich an den Märkten Übernachfrage zeigt, daß die Preise in der Volkswirtschaft steigen und die Kaufkraft des Geldes sinkt. Die Methode, das zuviel in die Volkswirtschaft gebrachte Geld dadurch nicht am Baumarkt auftreten zu lassen, daß man die Nachfrage nach Bauten in irgendeiner Form genehmigungspflichtig macht, also in irgendeiner Form ein Rationierungssystem bei der Bauproduktion einführt, kann den allgemeinen Preisauftrieb in der Volkswirtschaft nicht eindämmen. Wird bei gleichem Geldvolumen die Nachfrage an einem Markt, also am Baumarkt, durch Rationierungsmaßnahmen verringert, so muß sich der Preisauftrieb an anderen Märkten verstärken. Viele, die bauen wollen und die die Mittel zum Bauen haben, die man aber durch ein Genehmigungsverfahren am Baumarkt nicht zum Zuge kommen läßt, werden versuchen, sich bereits fertiggestellte Bauten zu kaufen. Die Nachfrage nach fertiggestellten Bauten wird demgemäß steigen und hier zu einem Preisauftrieb führen. Diejenigen, denen Bauten genehmigt worden sind, werden sie am „Markt für Häuser“ zu immer höheren Preisen verkaufen können und so gute Geschäfte machen können. Ob man auf diese Weise Geld verdienen kann, hängt davon ab, ob man eine Baugenehmigung bekommt. Baugenehmigungen werden begehrte Projekte und vielleicht Gegenstand des Handels werden. Die am Baumarkt nicht zum Zuge kommende Kaufkraft wird sich nicht nur als zusätzliche Nachfrage nach bereits erstellten Bauten bemerkbar machen und hier die Preise in die Höhe treiben, sie wird sich auch anderen Waren zuwenden. Diejenigen, die beim Häuserverkauf gut verdient haben, werden ihre Gewinne ausgeben und Nachfrage nach Ware und Leistungen entfalten. Es wird sich also an den anderen Märkten eine steigende Nachfrage zeigen. Steigende Preise werden

die Folge sein, die Spannungen am Arbeitsmarkt werden sich nicht vermindern, die Lohnpreise werden weiter steigen, was wiederum zu einer erheblichen Nachfrage an Konsumgütern führen wird. Auch die Preise für Rohstoffe, Werkzeuge und Maschinen werden verstärkt ansteigen. Dadurch wiederum ergibt sich ein Steigen der Kosten der Bauproduktion, so daß auch ein Steigen der Baupreise nicht aufzuhalten ist. Die Wirkungen eines zu großen Geldumlaufs bzw. einer sich ausdehnenden Geldmenge auf das Preisniveau in der Volkswirtschaft lassen sich nicht durch Nachfragebeschränkungen an einem der vielen Märkte der Volkswirtschaft ausschalten, lassen sich nicht dadurch verhindern, daß man an einem der vielen Märkte der Volkswirtschaft Kaufkraft nicht zum Zuge kommen läßt.

Diejenigen, die theoretische Überlegungen weniger schätzen, dafür aber historischen Erfahrungen einen großen Erkenntniswert beimessen, seien auf die Erfahrungen der Inflationsbekämpfung in Frankreich in den Jahren nach 1947 verwiesen. Der Versuch, die durch zu große Geldschaffung eingetretene inflationistische Preissteigerung durch Maßnahmen an einzelnen Märkten zu beeinflussen, führte nur dazu, daß der inflationistische Preisauftrieb an den anderen Märkten um so stärker wurde.

Ein Steigen des Preisniveaus, also ein Sinken des Geldwertes läßt sich nur dann verhindern, wenn das Geldvolumen nicht stärker als das Warenangebot und damit die Güterproduktion steigt. Die für 1963 vom Bund und einer Reihe von Ländern aufgestellten sogenannten Stabilisierungshaushaltspläne sollen in den Dienst einer solchen Zielsetzung gestellt werden. Gewisse Kreise der deutschen Industrie und die Bundesbank begrüßen das sehr. Der Staat soll wenigstens einen Teil des zuviel geschaffenen Geldes vernichten. Kommt es — wie zu erwarten ist — zu weiteren Preissteigerungen, so werden die Steuereinnahmen die in den staatlichen Haushaltsplänen eingesetzten Soll-Steuereinnahmen übertreffen. Die die Sollbeträge übertreffenden Einnahmen sollen vom Staat nicht mehr verausgabt werden, d. h. sie sollen vom Staat stillgelegt werden. Der Staat soll also dann die Summe seiner Ausgaben unter der Summe seiner Einnahmen halten. Der bei den Steuerzahlern verminderten Kaufkraft entspricht dann keine entsprechende Erhöhung der Kaufkraft und damit keine entsprechende Erhöhung der monetären Nachfrage des Staates. Diese Methode ist eine etwas seltsame Arbeitsteilung zwischen Bundesbank und Regierung. Schließlich ist es kraft Gesetzes Aufgabe der Bundesbank, die Geldmenge volkswirtschaftlich zweckmäßig zu regulieren, nicht aber Aufgabe der Bundesregierung, eine volkswirtschaftlich unzweckmäßige Geldmengengestaltung zu korrigieren.

Eine zu starke Ausdehnung des in der Volkswirtschaft wirksamen Geldvolumens läßt sich jedoch mit dieser Methode überhaupt nicht

verhindern, wenn die privaten Wirtschaftssubjekte verstärkt Geld kreditweise beim Zentralnoteninstitut bzw. bei den Banken in Anspruch nehmen können, wenn also an die Stelle des vom Staat stillgelegten Geldes eine vermehrte Geldinanspruchnahme der privaten Wirtschaft tritt. Eine solche vermehrte Geldinanspruchnahme kann die Bundesbank nur verhindern, wenn sie die Geldmenge wirksam regulieren kann. Ist sie dazu in der Lage, dann kann sie von vornherein verhindern, daß zu viel Geld in den Verkehr strömt, dann braucht sie der Regierung nicht die Aufgabe zu stellen, von ihr zu viel ausgegebenes Geld mit Hilfe der Besteuerung wieder zu vernichten.

Meine Damen und Herren!

Ein rascher und angemessener Ausbau der deutschen Hochschulen, vor allem in Form einer Kapazitätserweiterung, hängt nicht nur von der wirtschaftlichen Entwicklung, von der Entwicklung der Größe des Sozialprodukts, des realen Volkseinkommens ab. Er ist auch entscheidend von der Volkswirtschaftspolitik abhängig, und zwar unmittelbar, weil die Vorstellung, im Interesse der Erhaltung der Kaufkraft der DM müßte die Nachfrage nach öffentlichen Bauten am Baumarkt verringert werden, dürfe sie zumindest nicht erhöht werden, die Gefahr mit sich bringt, daß der Ausbau der deutschen Universitäten erheblich verlangsamt wird. Dieser Ausbau hängt aber auch mittelbar von der Wirtschaftspolitik ab, da eine Wirtschaftspolitik, die das Grundübel, nämlich eine unangemessene Geldausweitung nicht angemessen bekämpft, dazu führt, daß das reale Sozialprodukt nicht die Größe annimmt, die auf Grund der Ausstattung einer Volkswirtschaft mit Produktionsfaktoren und bei optimaler Kombination der Produktionsfaktoren möglich wäre.

Wir wissen, daß bei uns Volk und Regierungen den Hochschulen wohlwollend gegenüberstehen, daß Volk und Regierungen sich darüber im klaren sind, welche Bedeutung die Hochschulen nicht nur für unser gesellschaftliches und kulturelles Leben, sondern auch für die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft haben. Und die deutschen Hochschulen sind sich auch bewußt, daß die Ausweitung der Kapazität der Hochschulen von nicht zu unterschätzender sozialer Bedeutung ist. Die Ausgleichung sozialer Gegensätze nicht nach unten, sondern nach oben, hängt davon ab, ob es den jungen Menschen aller Schichten möglich ist, bei entsprechender Eignung eine Hochschule zu besuchen. Die Zunahme der Studentenzahl muß auch unter diesem Gesichtspunkt des sozialen Ausgleichs gesehen werden.

Aber nicht wohlwollende und gute Absichten von Regierungen und Universitäten entscheiden darüber, ob die Hochschulen so ausgebaut werden können, daß sie die Aufgaben, die die Gesellschaft unserer Zeit ihnen stellt, lösen. Wir wollen hoffen und wünschen, daß nicht wirtschaftspolitische Irrtümer den angemessenen Ausbau der deutschen Hochschulen beeinträchtigen oder gar unmöglich machen.

B 9596, pd - 35

